

Mitteilung des Senats vom 6. März 2001**Ausbau und Profilbildung der Fachhochschulen im Lande Bremen**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat am 13. September 2000 auf Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD vom 12. September 2000 (Drucksache 15/459) wie folgt beschlossen:

„Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 28. Februar 2001 einen Bericht vorzulegen über

- derzeit an den Fachhochschulen in Deutschland betriebene oder geplante Studiengänge, die bislang den Universitäten vorbehalten waren, ihre Schwerpunkte und Entwicklungsperspektiven unter besonderer Berücksichtigung differenzierter rechtswissenschaftlicher Studienangebote;
- die derzeit in Planung befindlichen neuen Studiengänge an den Fachhochschulen im Lande Bremen;
- mögliche und sinnvolle rechtswissenschaftliche Studiengänge an den Fachhochschulen des Landes Bremen (Bachelor, Master, Diplom);
- die prognostizierte Nachfrage nach Absolventen dieser neuen Studiengänge auf dem Arbeitsmarkt;
- Stellungnahmen der betroffenen Wirtschafts-, Interessens- und Berufsverbände/-stände zu den Vorhaben;
- geplante Maßnahmen über die weitere Profilbildung und Ansätze zur Kooperation und neue Kooperationsformen der Fachhochschulen in der Region;
- bereits praktizierte und für sinnvoll erachtete Verbundsstrukturen in der Lehre mit privaten Partnern an den Fachhochschulen.“

Der Senat gibt folgenden Bericht ab:

Ausgangslage

Ziel der deutschen Hochschulpolitik in den 80er und 90er Jahren war ein differenziertes Hochschulsystem, in dem jeder Hochschulart spezifische Aufgabenstellungen zugewiesen werden und dadurch eine unterschiedliche Profilbildung gefördert wird. Dies hat der Wissenschaftsrat mit der Formel „gleichwertig, aber andersartig“ zum Ausdruck gebracht.

Mit der Verabschiedung eines einheitlichen Hochschulgesetzes für alle Hochschularten hat das Land Bremen bereits Ende der 70er Jahre die Aufgaben der Hochschulen weitestgehend einheitlich beschrieben. Dies hat die Weiterentwicklung der Fachhochschulen im Lande Bremen befördert und zusammen mit dem personellen und flächenmäßigen Ausbau dazu beigetragen, dass das Fächerspektrum an den bremischen Fachhochschulen in den 90er Jahren erheblich ausgeweitet wurde.

Beispiele für die Erweiterung des Fächerspektrums an den Fachhochschulen in Deutschland, die auch vom Wissenschaftsrat in seine Empfehlungen zur Entwick-

lung der Fachhochschulen in den 90er Jahren¹ aufgenommen wurden, sind die an der Hochschule Bremen bereits sehr früh eingerichteten interdisziplinären und internationalen Studiengänge in den Bereichen der Wirtschaftssprachen, der Pflegewissenschaften und des internationalen Managements.

Ausbaustand und Ausbauziel

Die Zahl der flächenbezogenen Studienplätze an den Fachhochschulen im Land Bremen beträgt 4050. Der damit erreichte Fachhochschulanteil von rd. 30,4 % liegt deutlich über dem vergleichbaren Bundesdurchschnitt von 23,5 % und erreicht bereits den vom Wissenschaftsrat in seinen Anfang 1993 verabschiedeten Zehn Thesen zur Hochschulpolitik² empfohlenen Fachhochschulanteil von rd. 30 %.

Die Zahl der Studienanfänger (1. Hochschulsesemester) an den bremischen Fachhochschulen (ohne Hochschule für öffentliche Verwaltung) im Studienjahr 1999 beträgt 1.444. Der Fachhochschulanteil an den Studienanfängern insgesamt beträgt damit 39,7 % und liegt weit über dem Bundesdurchschnitt von 27,9 %.³

Der Senat räumt dem weiteren Ausbau der Fachhochschulen dennoch auch künftig eine hohe Priorität ein. So sieht der Hochschulgesamtplan III, der auf den vom Senat für den Wissenschaftsbereich beschlossenen Finanzrahmen bis 2004 abgestimmt ist, im Rahmen des Ausbauziels von 16.140 flächenbezogenen Studienplätzen für den gesamten Hochschulbereich (ohne die private International University Bremen) einen Ausbau des Fachhochschulanteils von 4.050 Studienplätzen auf mindestens 5.000 vor. Dieses Ausbauziel soll durch folgende Vorhaben realisiert werden:

Hochschule Bremen

Ausbau von 2.944 flächenbezogenen Studienplätzen auf rund 3.900 durch Aus- und Neubauten an den drei Standorten Neustadtswall, Werderstr. und am Flughafen.

Hochschule Bremerhaven

Die Anzahl der flächenbezogenen Studienplätze soll von 1.106 auf rund 1.600 ausgebaut werden. Nach dem bereits in 1998 fertiggestellten „Neubau Karlsburg 3. BA“ wird zurzeit geprüft, ob der weitere kapazitative und strukturelle Ausbau der Hochschule Bremerhaven in unmittelbarer Nachbarschaft des Hauptstandortes realisiert werden kann.

Entwicklung neuer Studiengänge an Fachhochschulen

Die in den 90er Jahren neu eingerichteten Fachhochschulstudiengänge in Deutschland sind überwiegend auf neue Berufsfelder ausgerichtet, indem sie unterschiedliche Fächergruppen berufsfeldbezogen und interdisziplinär miteinander verknüpfen.

Einige quantitative und qualitative Grundlinien sind aufgrund einer Umfrage der Kultusministerkonferenz (KMK) aus dem Jahre 1998 zu innovativen Studienangeboten an Fachhochschulen feststellbar. Die KMK-Umfrage identifizierte sechs Innovationsfelder, denen sich ein Großteil der neu eingerichteten Studiengänge zuordnen ließ: den Medienbereich, den Bereich des Gesundheitswesens, den mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich sowie die Bereiche „Regional Studies“, „Rechtswissenschaft“ und „Technische Dokumentation“.

Insbesondere rechtswissenschaftlich ausgerichtete Fachhochschulstudiengänge im Bereich Wirtschaftsrecht zeigen ein hohes Entwicklungspotential:

In den letzten sieben Jahren sind 23 solcher Studiengänge an Fachhochschulen eingerichtet worden, davon acht in Nordrhein-Westfalen, drei in Niedersachsen und fünf in den neuen Bundesländern. Überwiegend wird in diesen Studiengängen der Hochschulgrad „Diplom-Wirtschaftsjurist (FH)“, vereinzelt auch „Diplom-Wirtschaftsrechtler (FH)“ verliehen.

Neben den wirtschaftsrechtlichen Studiengängen gibt es drei weitere rechtswissenschaftlich orientierte Fachhochschulstudiengänge mit Schwerpunkten auf den Gebieten des Umweltrechts (FH Trier/ Birkenfeld), des Verwaltungsrechts (TFH Wildau) und des Informationsrechts (FH Darmstadt).

1 Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren, Köln 1991, S. 74 f.

2 Wissenschaftsrat, Zehn Thesen zur Hochschulpolitik, in: Empfehlungen und Stellungnahmen 1993, Köln 1994, S. 24 f.

3 Quelle: 30. Rahmenplan für den Hochschulbau, Allgemeiner Teil

Am Beispiel der rechtswissenschaftlichen Studiengänge wird deutlich, dass es sich bei den neuen Fachhochschulstudiengängen in der Regel um Hybridstudiengänge handelt, in denen verschiedene Teilgebiete kombiniert werden.

Ein weiteres Beispiel dafür ist der Studiengang „Wirtschaftspsychologie“ der FH Nordostniedersachsen in Lüneburg. Auch für diesen Studiengang ist charakteristisch, dass er verschiedene Teilgebiete kombiniert und die Psychologie auf die für die wirtschaftspsychologische Praxis relevanten Gebiete fokussiert.

Eine umfassende, fachlich differenzierte Übersicht über die an den Fachhochschulen in Deutschland betriebenen und geplanten Studiengänge erwartet der Senat von der vom Wissenschaftsrat eingesetzten „Arbeitsgruppe Fachhochschulen“, die ihre Arbeit voraussichtlich bis Mitte dieses Jahres abschließen wird.

Aus den hier nur beispielhaft dargestellten Entwicklungen neuer Studiengänge im Fachhochschulbereich lässt sich aber schon jetzt ableiten, dass es sich bei den neuen Studiengängen an den Fachhochschulen in Deutschland nicht um solche handelt, die „bislang den Universitäten vorbehalten waren“.

Gleiches gilt für die Erweiterung des Fächerspektrums an den bremischen Fachhochschulen. Insbesondere die neuen Studiengänge der Hochschule Bremen auf den Gebieten der angewandten Sprachen (Angewandte Wirtschaftssprachen und Internationale Unternehmensführung), der Pflegewissenschaften (Internationaler Studiengang für Pflegeleitung), der Naturwissenschaften (Internationaler Studiengang für technische und angewandte Biologie), der Ingenieurwissenschaften (Internationaler Studiengang für Mikrosystemtechnik) und der Wirtschaftswissenschaften (Management im Handel, Global Management, Tourismusmanagement), sind ebenso typische wie erfolgreiche Beispiele für berufsfeldorientierte Schwerpunktbildungen und interdisziplinäre Verknüpfungen von Grundlagenfächern. Sie sind gemeinsam mit der Universität Bremen und mit Vertretern aus der beruflichen Praxis entwickelt worden.

Insgesamt stellt der Senat fest, dass vor allem die Hochschule Bremen früher als die meisten Fachhochschulen in der Bundesrepublik Studiengänge mit fachlichen Schwerpunkten entwickelt hat, die außerhalb des klassischen Fächerspektrums der Fachhochschulen liegen. Für diese Studiengänge bewerben sich nicht nur überdurchschnittlich viele Studieninteressierte von außerhalb Bremens und des bremischen Einzugsgebiets, es sind auch besonders viele Bewerberinnen und Bewerber mit Abitur darunter. Insofern erfüllt dieses Angebot die gewünschte Funktion der Entlastung der Universitäten, ohne dass universitäre Studiengänge kopiert oder gar an die Fachhochschule verlagert werden; vielmehr wird das Angebot insgesamt verbreitert und stärker an den Interessen der Studierenden und an den Anforderungen des Arbeitsmarkts ausgerichtet.

Planung neuer Studiengänge

An der Hochschule Bremen und der Hochschule Bremerhaven befinden sich folgende Studiengänge in der Planung (siehe auch Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft [Landtag] vom 26. September 2000 [Drucksache 15/475]):

Hochschule	Studiengang	Abschluss
HS Bremen	Politikmanagement	Diplom
	Angewandte Psychologie	Bachelor
	Qualitätsmanagement in der Softwareentwicklung	Master
	Microsystems Engineering	Bachelor
	Microsystems Engineering	Master
	Engineering in Aeronautical Studies	Master
	International Aerospace Mechatronics	Master
	International Tourismus-Management	Bachelor/Master
	Europäischer Studiengang Wirtschaft und Verwaltung	Bachelor
	Berufsbegleitender Teilzeitstudiengang European Public Administration	Master
	Schiffbau und Meerestechnik	Bachelor
	Bionik/Technisch Physik	Bachelor
	Restaurierungstechnik	Bachelor
	Area Studies	Master

Hochschule	Studiengang	Abschluss
	Informationsmanagement	Master
	Teilzeitstudiengang BWL Bachelor	
	Krankenhausmanagement als Studienschwerpunkt	
HS Bremerhaven	Telekommunikationsinformatik	Bachelor/Master
	Lebensmittelwirtschaft (Weiterentwicklung des Studiengangs Lebensmitteltechnologie)	Diplom
	Seetourismus (Weiterentwicklung des Studiengangs Transportwesen/Logistik)	Diplom
	Studienangebote im Bereich des Gesundheitswesens (z. B. Logopädie)	Vorbereitende Planungsüberlegungen
	Studienangebote, die insbesondere Frauen ansprechen sollen, z. B. Technik-Kommunikation-Design und Materialwissenschaften.	

Der Senat legt bei allen Planungsvorhaben Wert darauf, dass der Bedarf an Hochschulabsolventen neuer Studiengänge ermittelt wird. Dies geschieht in der Regel durch die frühzeitige Einbeziehung der Wirtschaft und Berufspraxis sowie einschlägiger Berufsverbände und -institutionen. Soweit möglich, sind bei der Planung auch bereits vorliegende Arbeitsmarktuntersuchungen zu vergleichbaren Studiengängen in Deutschland zu berücksichtigen. Die Beteiligung der beruflichen Praxis an der Planung ist insbesondere für die Fachhochschulstudiengänge zur Sicherung des Anwendungsbezugs und für die Bereitstellung der nötigen Praktikumsplätze unabdingbar.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit der Hochschulen mit der regionalen Wirtschaft wird durch deren Finanzierung von Stiftungsprofessuren für neue Studiengänge und -schwerpunkte unterstrichen. So gehen beispielsweise die neuen Studienangebote „Management im Handel“ und „Wolltechnik im Studiengang Industrial Engineering“ sowie die Planung für „Technische Physik/Bionik“ der Hochschule Bremen auf entsprechende Initiativen und finanzielle Förderungen von Unternehmen zurück.

Weitere Beispiele für erfolgreich praktizierte Verbundstrukturen in der Lehre mit privaten Partnern sind die folgenden Studiengänge der Hochschule Bremen:

- Dualer „Internationaler Studiengang für Luftfahrtsystemtechnik und -management (ILST)“ im Verbund mit der Ausbildung zum Erwerb der Verkehrsflugzeugführerlizenz,
- „Internationaler Studiengang Pflegeleitung“, der in einem engen Theorie-Praxis-Verbund mit den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen durchgeführt wird und
- der berufsbegleitende Masterstudiengang „Business Administration“.

Rechtswissenschaftliche Studiengänge an den Fachhochschulen im Lande Bremen

Die Frage, ob auch im Land Bremen rechtswissenschaftliche Studiengänge an Fachhochschulen eingerichtet werden sollen, wird im Zuge der Fortschreibung des Hochschulgesamtplanes mit den Hochschulen zu diskutieren sein. Der Senat ist der Auffassung, dass solche Planungen nur sinnvoll sind, wenn sie in einem zwischen den Fachhochschulen und der Universität Bremen abgestimmten Planungsprozess unter Einbeziehung der Berufspraxis durchgeführt werden. Dabei sind die Erfahrungen mit den bereits an anderen Fachhochschulen bestehenden Studiengängen, insbesondere die Aufnahme der Absolventen auf dem Arbeitsmarkt, auszuwerten. Der Senat wird die Ergebnisse der zur Vorbereitung einer Fachhochschul-Empfehlung vom Wissenschaftsrat durchgeführten Befragung abwarten und auf dieser Grundlage erforderlichenfalls weitere Recherchen veranlassen.

Die Hochschulen Bremen und Bremerhaven bieten bereits jetzt im Rahmen ihrer wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge rechtswissenschaftliche Lehrveranstaltungen an, die Anknüpfungspunkte für eine Vertiefung auf den Gebieten des Wirtschafts-, des Verkehrs- oder des Informationsrechts bieten könnten.

Hier wie auch in vielen anderen Fächern eröffnet die neue Studienstruktur mit Bachelor- und Masterstudiengängen gute Möglichkeiten für ein zwischen Universität und Fachhochschule abgestimmtes konsekutives Studienangebot, zu dem jede Hochschule einen ihrer fachlichen Ausrichtung und ihren Stärken entsprechenden Beitrag leistet. Diese das Profil jeder Hochschule respektierende Art der Kooperation ist auf Dauer erfolversprechender und weniger störanfällig als hochschulübergreifende integrierte Studiengänge, bei denen der Koordinationsaufwand extrem hoch und die jeweiligen Leistungen der beteiligten Hochschulen weniger erkennbar sind.

Im Hochschulgesamtplan IV werden die Grundlinien für eine solche Kooperation der bremischen Hochschulen im Kontext der Weiterentwicklung des Studienangebots der Universität vorgezeichnet werden.

Die gemeinsame Erklärung des Senators für Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport sowie des Niedersächsischen Ministers für Wissenschaft und Kultur vom Juli 1998 sieht eine länderübergreifende Kooperation der Fachhochschulen in Nordwestdeutschland vor. Angesichts der eigenen Probleme der betroffenen Fachhochschulen Oldenburg, Wilhelmshaven und Emden im Gefolge ihrer Zusammenlegung bestand dort wenig Interesse, mit den Fachhochschulen in Bremen und Bremerhaven enger zu kooperieren. Mit zunehmender Konsolidierung der neuen Fachhochschulen wird jedoch die Zusammenarbeit über die bisher praktizierte Teilnahme an Planungsverfahren hinaus intensiviert werden. Der HGP IV wird auch hierzu Vorgaben machen, die in die Hochschulkontrakte einfließen werden.

Ausblick

Im Rahmen der mit den Hochschulen abgestimmten Finanzplanung bis 2004 sieht der Senat über die bereits eingeleiteten Planungen hinaus keine Spielräume mehr für die Einrichtung neuer Studiengänge.

Im Zuge der Erarbeitung eines neuen Hochschulgesamtplanes für den Zeitraum ab 2005 strebt der Senat einen weiteren Ausbau der Fachhochschulen in besonders nachgefragten Fächern zur Entlastung der Universität von denjenigen Studierenden, die eine stärker praxisorientierte Berufsausbildung wollen, an. Die Universität kann sich dann auf solche Studierende und Graduierte konzentrieren, die eine eher forschungsorientierte wissenschaftliche Ausbildung suchen.

Der Senat ist der Auffassung, dass der Fachhochschulausbau so weit vorangetrieben werden muss, dass Fachhochschulbewerber wegen der dortigen Zulassungsbeschränkung nicht mehr gezwungen werden, auf die Universität auszuweichen. Eine solche erst langfristig wirksame Politik ist geeignet, den regionalen Bedürfnissen ohne Qualitätsverlust bei geringen Kosten für das Land Bremen Rechnung zu tragen.